

Rating-Riese stuft Banken zurück

ITALIEN sda. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat am Freitag die Kreditwürdigkeit von 34 italienischen Banken herabgestuft. Betroffen sind unter anderem die Unicredit sowie Banco Popolare und Intesa Sanpaolo. In den kommenden fünf Jahren sei weiter mit einer schwachen Profitabilität der Geldhäuser zu rechnen, erklärten die Bonitätswächter. Nur drei italienische Banken, die von Standard & Poor's bewertet werden, behielten ihr Rating.

Monti wehrt sich

Der Schritt folgt auf die Herabstufung Italiens durch S & P im Zuge einer schlechteren Bewertung von neun Euroländern. Der italienische Ministerpräsident Mario Monti sagte dem US-Fernsehsender CNBC, viele italienische Banken seien bereits rekapitalisiert und weniger von der Schuldenkrise betroffen als andere europäische Geldhäuser. Wegen strengerer Bestimmungen der europäischen Bankenaufsicht und grosser Bestände von italienischen Staatsanleihen müssen die wichtigsten Banken des südeuropäischen Landes bis Juni ihr Kapital massiv erhöhen.

Italien steuert rapide auf eine Kreditklemme zu. Wie eine Umfrage europäischer Notenbanken ergab, ist es für Unternehmen in der drittgrössten Volkswirtschaft des Euro-Raums erheblich schwieriger geworden, Bankkredite zu erhalten. Die Bedingungen der Kreditvergabe verschlechterten sich deutlich stärker als im Schnitt der Euroländer. Zudem wollen die Institute ihre Regeln auch im laufenden Quartal weiter verschärfen.

Die Grossbanken in einer neuen Welt

Erwachen, Ernüchterung und Erwartungssenkung – so lässt sich die letzte Woche umschreiben, in der die beiden Grossbanken ihre enttäuschenden Quartalsergebnisse präsentiert haben. Die Schweizer Grossbanken und ihre Aktionäre sind mittlerweile von sämtlichen Illusionen befreit: Sie müssen sich definitiv auf eine neue Welt einstellen.

Die goldenen Jahre mit Aktienkursen von über 70 Franken (UBS) und 90 Franken (Credit Suisse) sind zwar noch nicht allzu lange her, doch das Banken-umfeld hat sich derart fundamental verändert, dass man sich am besten gar nicht mehr daran erinnert. Der Übergangs-CEO Oswald Grübel hat der UBS mit 15 Milliarden ein Gewinnziel vorgegeben, das an den Realitätsverlust einer ganzen Manager-Generation erinnert.

Selbst in der Credit Suisse herrschte noch vor einem Jahr Zuversicht, sich besser als die Vergleichsgruppe zu entwickeln. Nach dem enttäuschenden Ergebnis mit einer Eigenmittelrendite von 4,4 Prozent bei deutlich verringerten Boni-Ausschüttungen ans Kader kehrt Ernüchterung ein. Die besten Investmentbanken wie Goldman Sachs werden inskünftig gar nicht erst in den Vergleich einbezogen.

Für die Schweiz bleiben die beiden Banken nach

wie vor «zu gross», und dennoch sind sie geradezu klein im Vergleich mit HSBC (310 000 Mitarbeitende), Bank of America Merrill Lynch (290 000),

AUSSICHTEN

Citigroup (267 000) und Deutsche Bank (103 000). Und während die Konkurrenz grösser wird und auf den globalen Finanzplätzen immer dichter vernetzt ist, setzen die Schweizer Banken auf einen Stellenabbau von 5 bis 7 Prozent. Kundenberater sollen vom Stellenabbau zwar nicht betroffen sein. Dort soll Gas gegeben werden, aber mit weniger Support.

Mit einer Ausnahme, die sich in der IT sowie in Risikoüberwachungs- und Stabs-Abteilungen auswirkt: Steigende Anforderungen wenn es um die Einhaltung von Verhaltensregeln, Gesetzen und Richtlinien geht, müssen mehr denn je beachtet werden. Das treibt



«Bei der Credit Suisse irritiert seit mehreren Quartalen, dass die Eigenkapitalquote bei bescheidenen 7,4 Prozent liegt.»

MAURICE PEDERNANA

standes – oder einer Kombination davon – reagiert werden.

Vor diesem Hintergrund verkündet der neue UBS-Chef Sergio Ermotti tiefere, gleichzeitig aber auch realistische Ziele bis 2016, wobei 2012 als Übergangsjahr der Strategieanpassung zu betrachten ist. Das Schweizer Geschäft ist effizient und rentabel. Doch die Investmentbank verwässert die Wirtschaftlichkeit und Profitabilität im gesamten Konzern, ohne einen erkennbaren Extra-Nutzen für das stabilere und zukunftsträchtigere Ver-

mögensverwaltungsgeschäft zu erbringen.

Der Verwaltungsrat setzt mit der Wiederaufnahme einer minimalen Dividende auch kein Zeichen der Zuversicht. Vielmehr handelt es sich um eine weitere Massnahme, in widrigen Kapitalmarktverhältnissen mehr langfristige Aktionäre zu finden.

Zahlreichen grossen Pensionskassen ist es nämlich verboten, in Unternehmen zu investieren, die nicht Dividenden auszahlen. Allerdings schwanken die Erträge und Gewinne derzeit immer noch so stark, dass eine UBS-Aktie gegenwärtig sogar weniger kostet als ihr buchhalterischer Wert.

Bei der Credit Suisse irritiert seit mehreren Quartalen, dass die nach Basel III berechnete Eigenkapitalquote bei bescheidenen 7,4 Prozent liegt. Das ist ein Wert, der auch im internationalen Vergleich nicht mehr allzu solide ist. Durch tiefere risikogewichtete Aktiven soll diese rasch verbessert sowie die Erträge und Gewinne der Investmentbank stabilisiert werden.

Dies wurde schon von verschiedenen Grossbanken versprochen, aber kaum je gehalten. Warten wir ab. Die Credit Suisse ist ein Bankhaus mit vielen Kompetenzen insbesondere im Private Banking; vielleicht gelingt diesmal der Tatbeweis. Für langfristig denkende Aktionäre könnte sich das lohnen; die Skeptiker haben sich alle schon längst verabschiedet.

HINWEIS

► Maurice Pedernana (47) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ ◀

Steuerstreit: Müssen jetzt die Politiker ran?

WEGELIN Die erste Anhörung im New Yorker Prozess gegen die St. Galler Privatbank Wegelin & Co. ist geplatzt. Offen ist, wie es weitergeht.

Sie waren vorgewarnt: Dass die St. Galler Privatbank Wegelin & Co. am Freitag darauf verzichtet hat, bei einer Anhörung im New Yorker Bundesgericht zu erscheinen, überraschte letztlich weder die Ermittlungsbehörde noch den zuständigen Richter. Denn die Bank hatte vorgängig in einem Schreiben an den zuständigen New Yorker Bundesstaatsanwalt Preet Bharara ihre Gründe für das Fernbleiben dargelegt.

Nicht ordnungsgemäss

Auf die Klage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung werde das Unternehmen nicht reagieren, hiess es darin, da diese «nicht ordnungsgemäss» zugestellt worden sei, und ein Strafprozess gemäss amerikanischem Recht deshalb nicht beginnen könne. Eine Reaktion auf diesen Brief sei bisher ausgeblieben, sagte Wegelin-Sprecher Jörg Denzler. Bei der Staatsanwaltschaft in New York, dem verlängerten Arm des mächtigen Justizministeriums, war gestern keine Stellungnahme erhältlich. Eine Sprecherin sagte bloss: «Kein Kommentar.»

Wegelin führt in den USA keine Niederlassungen und bisher auch keinen bei Gericht gemeldeten Rechtsbeistand. Eine Anklageschrift hätte deshalb auf dem ordentlichen Rechtshilfeweg in die Schweiz überstellt werden müssen, lautet die Position der Bank. Dies sei aber nicht geschehen, sagte der Sprecher.

Keinen Plan B

Wegelin spielt also auf Zeit. Die Staatsanwaltschaft wiederum scheint keinen Plan B zu haben. Auf die Frage von Bundesrichter Jed Rakoff, wie die Strafverfolgungsbehörde denn nun weiter vorgehen wolle, wirkten die drei Vertreter am Freitag überrumpelt. Erst nach einem längeren Zwiegespräch mit seinen Kollegen deutete der stellvertretende Staatsanwalt Daniel Levy an, dass

man mit der Zentrale in Washington Rücksprache halten werde. Er schloss spontan auch die Ausstellung eines Haftbefehls gegen die unbeschränkt haftenden Teilhaber von Wegelin nicht aus.

Dabei würde es sich letztlich aber bloss um einen symbolischen Schritt handeln: Die US-Behörden haben in den vergangenen Monaten zahlreiche Schweizer Banker und Treuhänder zur Verhaftung ausgeschrieben – weil diese aber um die USA einen grossen Bogen machen, befinden sie sich immer noch auf freiem Fuss.

Diplomatischer Weg?

Richter Rakoff wirkte ehrlich interessiert an den Schwierigkeiten, mit denen sich die Staatsanwaltschaft konfrontiert sieht. «Eine Verhaftung von Unternehmen ist ja höchstens in Science-Fiction-Werken möglich», kommentierte er trocken. Sein Vorschlag an die Ermittler: eine Einschaltung des Aussenministeriums in Washington und die Aktivierung von diplomatischen Kanälen. Es sei zwar nicht an ihm zu entscheiden, ob «dies eine gute oder eine schlechte Idee» wäre.

Er könne sich vorstellen, sagte Rakoff, dass die Regierung eines befreundeten Staates ein Interesse daran habe, ein Rechtsproblem zu lösen, das ein heimisches Unternehmen in einem Land habe, zu dem gute Beziehungen bestünden. Levy nickt bloss – unerwähnt blieb, dass sich die Schweiz schon lange in Verhandlungen mit dem amerikanischen Justizministerium und der Steuerverwaltung IRS (Internal Revenue Service) befindet.

Banker als flüchtig eingestuft

Wie das Verfahren gegen die Privatbank weitergeht, ist vorderhand offen. Die Bank wurde am Freitag als flüchtig eingestuft, einen neuen Termin für die Fortsetzung des Verfahrens gibt es aber nicht. Blockiert bleiben damit 16,2 Millionen Dollar, die Wegelin & Co. auf einem UBS-Konto deponiert hatte und die vorige Woche durch die US-Behörden beschlagnahmt wurden.

ANZEIGE

Und irgendwann wird es Zeit für das Private Banking der LUKB

Mit dem Erfolg stellen sich neue Bedürfnisse ein – auch in Vermögensfragen. Dann wird es Zeit für eine Bank, die sich Zeit nimmt und zuhört. Eine Bank, die Sie begleitet und gemeinsam mit Ihnen den langfristigen Erfolg anstrebt. Eine Bank, die gradlinig, zuverlässig und unkompliziert ist. Sie ist ganz in Ihrer Nähe.

www.lukb.ch/privatebanking

Meme Bank

Luzerner Kantonbank
Private Banking